



AUSGABE 126  
Juli 2013

# ANALYSEN & ARGUMENTE

PERSPEKTIVEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK

## **Wirtschaft als Motor des Wandels: Chancen eines verstärkten Engagements im Maghreb**

Anne Elisabeth Ludwigs

Die politischen Umbrüche in der Region und die zunehmenden sicherheitspolitischen Herausforderungen stellen die Länder des Maghreb einmal mehr vor große sozioökonomische Probleme, die konkreter und durchdachter Antworten bedürfen. Für die deutsche Außen- und Außenwirtschaftspolitik sind die Maghreb-Staaten sowohl aufgrund ihrer geostrategischen Lage als auch aufgrund ihres wirtschaftlichen Entwicklungspotentials als wichtiger Wachstumsmarkt von besonderer Bedeutung. Wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Bildung sind dabei der Schlüssel zu einer langfristigen Perspektive und gleichzeitig auch ein Weg zu regionaler Stabilität in Nordafrika. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Anforderungen und Voraussetzungen der Staaten legt das vorliegende Papier die wesentlichen Herausforderungen und Hemmnisse einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung dar. Darauf aufbauend werden konkrete Handlungsempfehlungen für die deutsche (und europäische) Politik aufgezeigt, die dazu beitragen können, das Potential der Region durch gezielten Know-how-Transfer nachhaltig in Wert zu setzen.

### **Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung**

David Gregosz  
Koordinator für Internationale Wirtschaftspolitik  
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 16  
E-Mail: david.gregosz@kas.de

### **Postanschrift**

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

[www.kas.de](http://www.kas.de)  
[publikationen@kas.de](mailto:publikationen@kas.de)

ISBN 978-3-944015-78-1



Konrad  
Adenauer  
Stiftung



## **INHALT**

**3** | I. DIE AUSGANGSLAGE

**3** | II. DIE ANALYSE

**7** | III. DIE EMPFEHLUNGEN

## **DIE AUTORIN**

*Anne Elisabeth Ludwigs ist Projektassistentin im KAS-Auslandsbüro  
Tunis, das für Tunesien, Libyen und Algerien zuständig ist.*



## I. DIE AUSGANGSLAGE

Ein viel zitiertes maghrebisches Sprichwort besagt: „Der Maghreb ist ein heiliger Vogel. Sein Leib ist Algerien, sein rechter Flügel Tunesien, sein linker Marokko.“ Betrachtet man die Maghreb-Region jedoch unter politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten muss diese natürliche Einheit in Frage gestellt werden. Auch wenn die Maghreb-Länder vor vergleichbaren sozioökonomischen Herausforderungen wie einer extrem hohen Arbeitslosigkeit, einem wachsenden informellen Beschäftigungssektor, großen regionalen Disparitäten angesichts des Anteils der investitionsschwachen Regionen sowie teils äußerst schwierigen Finanzierungs- und Investitionsbedingungen im privatwirtschaftlichen Sektor stehen, so sind ihre Voraussetzungen bzw. Entwicklungsperspektiven doch sehr unterschiedlich. Konkrete Handlungsempfehlungen für die deutsche Politik zur Förderung wirtschaftlicher Perspektiven in den Ländern der Region müssen dies entsprechend berücksichtigen.

Mit einer Gesamtbevölkerung von gegenwärtig 87,5 Millionen Menschen, einem Bevölkerungsanteil der 15 bis 64-Jährigen von 60 Prozent bzw. einem Altersdurchschnitt von 26 Jahren und einer offiziellen Arbeitslosenquote unter der jungen Bevölkerung von 30 bis 35 Prozent (2012), stehen die Staaten des Maghreb gegenwärtig vor einer Herkulesaufgabe. Dies einmal mehr, da es sich um eine Region handelt, deren Staaten vor dem Hintergrund der politischen Umwälzungen in Nordafrika sowohl vor großen innenpolitischen als auch (intra)regionalen Herausforderungen stehen. So werden die dargestellten sozioökonomischen Herausforderungen innenpolitisch ergänzt um Fragen betreffend die künftige Gesellschaftsordnung, die politische Machtverteilung und Fragen der mittelfristigen Ressourcensicherung. Aus einer (intra)regionalen Perspektive steht der Maghreb vor dem wachsenden Problem, die schwelenden Grenzkonflikte, den florierenden Waffen- und Drogenhandel bzw. Drogenschmuggel sowie die sich ausbreitende terroristische Präsenz in den Sahara-Grenzgebieten Algeriens, Libyens und Tunesiens zu kontrollieren.

Unternehmen die Staaten des Maghreb doch bereits im Jahr 1989 den Versuch, diesen Herausforderungen durch die Gründung der sogenannten *Union du Maghreb Arabe* (UMA) zu begegnen, so hat dieses Integrationsformat bis heute leider kaum erwähnenswerte Erfolge zu verzeichnen. Eine für 1992 geplante Freihandelszone konnte bis heute nicht realisiert werden. Initiativen einer erforderlichen vertieften politischen und wirtschaftlichen Integration scheitern seit Jahren an zwei entscheidenden Faktoren. Das größte Hindernis stellen die intraregionalen Konfliktlinien dar, hier vor allem der Westsahara-Konflikt zwischen Marokko und

Algerien. Zweitens, und nicht zuletzt ausgehend von den zuvor genannten Regionalkonflikten, sehen sich die Länder des Maghreb mit einem komplexen Gerüst diverser (mehr oder weniger effizienter) Integrations- und Dialogformate konfrontiert, das dazu beiträgt das Fahrwasser regionaler Spannungen gezielt zu umfahren. Dies auch wenn dafür ein hoher Preis gezahlt wird – es findet keine regionale Flankierung einer nationalen Wirtschaftsentwicklungsstrategie statt. Sofern demnach eine regionale Vernetzung erfolgt, dominieren bilaterale Interessen, so die wirtschaftliche Vernetzung mit Europa (insbesondere im Fall Tunesiens und Marokkos) sowie eine zuletzt verstärkte Ausrichtung auf Subsahara-Afrika.

Bis heute steht der Maghreb in der Konsequenz für die weltweit am geringfügigsten integrierte Nachbarschaft. So liegt das intramaghrebische Handelsvolumen einer aktuellen Studie der Afrikanischen Union (AU) zufolge im globalen Vergleich gerade einmal bei 3,36 Prozent. Die *Association of South-East Asian Nations* (ASEAN) im Gegenzug kommt auf 21 Prozent, der *Mercado Común del Cono Sur* (Mercosur) auf 19 Prozent und die *Economic Community of West African States* (ECOWAS) auf 10,7 Prozent. Experten weisen immer wieder auf wichtige Wachstumsimpulse hin, welche durch eine verstärkte regionale Kooperation ausgeschöpft werden könnten. Seitens der Weltbank wurden diese möglichen Wachstumsvorteile 2006 für einen Referenz-Zeitraum von zehn Jahren (2005-2015) errechnet. So würde eine verstärkte intramaghrebische Integration, vorausgesetzt allerdings weiterführende Reformen in der Liberalisierung von Dienstleistungen und der Investitionsbedingungen, das Pro-Kopf-Einkommen in den zentralmaghrebischen Staaten um 25 bis 30 Prozent erhöhen.

Die konkreten wirtschaftlichen und in der Konsequenz auch (sicherheits-)politischen Vorteile eines gemeinsamen Marktes liegen mit Blick auf die regionale Ausgangslage auf der Hand. Als Stichworte müssen hier vor allem der notwendige intraregionale Austausch, die wirtschaftliche Attraktivität für ausländische Investoren, die regionale Infrastrukturentwicklung und nicht zuletzt die Ressourcenknappheit bzw. der Ressourcenwettbewerb (die langfristig vor dem Hintergrund der fortschreitenden Desertifikation wohl größte Herausforderung) genannt werden.

## II. DIE ANALYSE

Kurzfristiger Handlungsbedarf zur nachhaltigen Förderung wirtschaftlicher Perspektiven in den Ländern des arabischen Maghreb besteht vor dem Hintergrund der dargestellten Ausgangslage folglich in fünf Kernbereichen:



*Erstens* bedürfen die Maghreb-Staaten gezielter Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Jugendarbeitslosigkeit, die in Folge auch einen entscheidenden Beitrag zu einer politischen Stabilisierung der gesamten Region leisten kann. Aktuell bewegt sich die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 30 und 35 Prozent. Exemplarisch steigt in Tunesien die Zahl der Hochschulabsolventen jährlich um neun Prozent. In der Konsequenz steht ein Angebot an Arbeitsplätzen für Akademiker von rund 30 000 neuen Stellen per annum einer Nachfrage von durchschnittlich 59 600 jungen Jobsuchenden gegenüber. Viele junge Erwachsene sehen sich daher gezwungen niedrig qualifizierte Jobs oder unterbezahlte Angebote zu akzeptieren, dies oftmals im informellen Sektor. Die hohe Arbeitslosigkeit stellt zudem ein nicht zu unterschätzendes soziales Hemmnis gesellschaftlicher Partizipation dar, da eine Heirat junger Menschen ohne Beschäftigung gesellschaftlich und familiär nicht akzeptiert wird. Diese Ausgangslage hat den sozialen Protest insbesondere in Tunesien erheblich befördert und war mit einer der Hauptgründe des politischen Umbruchs vor zwei Jahren.

Ursache der hohen Jugendarbeitslosigkeit ist vor allem die asymmetrische Struktur des Arbeitsmarktes, der von einer „quantitativen wie qualitativen Unausgeglichenheit“ geprägt ist, so der tunesische Wirtschaftswissenschaftler Mohammed Kriaa. Tunesien hat damit, wie auch seine maghrebischen Nachbarn, ein mehrheitlich „selbstgeschaffenes“ Problem zu lösen: Viele Schulabgänger besuchen Hochschulen und Universitäten, was zwar zu einem gewissen gesellschaftlichen Ansehen führt, jedoch letztlich nicht von beruflichen Perspektiven flankiert wird. Laut Analysen des tunesischen Zentrums für Analyse und wirtschaftliche Intelligenz entfallen mit Blick auf die vorhandenen Bildungsmöglichkeiten weiterhin lediglich 10 Prozent auf den Bereich der beruflichen Bildung, im Gegensatz zu 90 Prozent im Universitäts- und Hochschulbereich. Dies steht im krassen Gegensatz zur tatsächlichen Nachfrage. Über 100.000 Stellen im handwerklichen Bereich können nicht besetzt werden da es an qualifiziertem Fachpersonal mangelt.

Auch das ressourcenreiche Algerien steht fünfzig Jahre nach seiner Unabhängigkeit vor großen sozialen Herausforderungen. So wuchs die Bevölkerung des Landes in den letzten fünfzig Jahren um 26,79 Millionen Menschen und mit ihr die regionalen Disparitäten. Die Wirtschaft des Landes baut auf einer großen Rentenökonomie auf, die insbesondere von den Einkommen aus dem Erdöl- und Erdgassektor lebt. Aufgrund einer fehlenden Produktivwirtschaft findet die junge Generation keine Arbeitsmöglichkeiten. Der Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der erwachsenen Bevölkerung liegt aktuell bei 27,9 Prozent. Es stellt sich daher die zentrale Frage, wann sich der algerische Staat einer Justierung seiner

Wirtschaftspolitik widmen bzw. eine nachhaltige Entwicklungsstrategie für das Land eruiieren und nicht zuletzt auch notwendige Reformen der staatlichen Institutionen in Angriff nehmen wird.

Die regionalen Prognosen sehen für die kommenden Jahre keine Verbesserung der demografischen Gesamtsituation. Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge wird der Anteil Jugendlicher die in den Ländern der MENA-Region auf den Arbeitsmarkt drängen von derzeit 41 Millionen auf 47 Millionen im Jahre 2035 steigen. Die Maghreb-Staaten werden daher in naher Zukunft nicht umhin kommen, das nationale Bildungssystem zu reformieren, um den gegenwärtigen Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Unternehmen kritisieren mehrheitlich den Lehrensatz des reinen Auswendiglernens in den Bildungssystemen der Länder, dem es an einer problembasierten Ausrichtung bzw. einer direkten projektbasierten Anwendung des erlernten Wissens, den sogenannten „soft skills“, fehlt. Hinzu kommt, dass es insbesondere in Tunesien und Marokko an technisch qualifizierten Hochschulabgängern mangelt, die für den so wichtigen Privatsektor entscheidenden Arbeitskräfte. Ziel sollte es daher sein, fremdsprachliche Fähigkeiten zu fördern (hier insbesondere die für die Wirtschaft unverzichtbare englische Sprache), Möglichkeiten einer höheren technischen, praktischen Ausbildung anzubieten und verstärkt auf eine duale Berufs- und Hochschulbildung zu setzen. Dies könnte letztendlich auch dazu beitragen, das gesellschaftliche Ansehen einer qualifizierten Berufsausbildung zu begünstigen und gleichzeitig der Problematik einer sozial abgesicherten Beschäftigung im öffentlichen Sektor entgegenzuwirken, der unter jungen Hochschulabsolventen vielfach als präferierter Arbeitgeber angesehen wird.

Ein weiterer entscheidender Punkt ist, dass sich viele (Kleinst-)Unternehmen, vielfach familiengeführt, qualifizierte Arbeitskräfte aufgrund der hohen Lohnnebenkosten und der sehr rigiden Arbeitsmarktregelungen in den Ländern des Maghreb nicht leisten können; dies vor allem mit Blick auf die Mindestlohnpolitik sowie umfassende Gesetzesvorschriften bei Einstellung und Kündigung. Für den Privatsektor bedeutet dies, dass (Kleinst-)Unternehmer mehr und mehr in den informellen Sektor getrieben werden. Dieser Trend verstärkt sich in unsicheren Krisenzeiten, wie sie der Maghreb derzeit durchlebt.

*Zweitens* müssen die Investitionsbedingungen und das Investitionsklima für in- und ausländische Investoren verbessert werden. Politik und Wirtschaft sind eng verknüpft in den Maghreb-Staaten, mit direkten Konsequenzen für Investoren. Im Hinblick auf das Investitionsklima wirken sich die aktuellen politischen Entwicklungen in den Ländern unmittel-



bar auf das Wirtschaftsklima aus. Allerdings muss auch hier wieder zwischen den einzelnen Maghreb-Staaten differenziert werden. So steht die libysche Übergangsregierung nach der mehr als vier Jahrzehnte lang andauernden Herrschaft Gaddafis vor der zentralen Herausforderung, das Land nach dem Ende des Bürgerkriegs nicht in eine Ost-/West-Spaltung zu treiben, die Entwaffnung der „Revolutions“-Milizen zu gewährleisten und diese mittelfristig in die Sicherheitsstrukturen zu integrieren. Auch der wachsenden terroristischen Bedrohung gilt es entschieden zu begegnen. In Anbetracht des florierenden Waffenhandels bzw. -schmuggels in den libyschen Grenzgebieten (und bereits weit darüber hinaus) scheint dies jedoch immer schwieriger zu werden. Der von Stammesstrukturen geprägte Staat sieht sich aufgrund seiner historischen Topographie mit grundlegenden gesellschaftlichen Konflikten konfrontiert, die angesichts der Ressourcenverteilung im Land (Libyen verfügt über 3,5 Prozent der globalen Ölvorkommen) auch aus ökonomischer Sicht einmal mehr zutage treten.

Mittlerweile ist die aktuelle Lage in Libyen auch für das Nachbarland Algerien und den kleinen Nachbarn Tunesien, derzeit mit der Stabilisierung der Sicherheitslage im eigenen Land mehr als ausgelastet, zu einem ernsthaften sicherheitspolitischen Risiko geworden. Algerien ist zudem darum bemüht ein Übergreifen der „Konsequenzen“ des Konfliktes im Norden Malis auf das eigene Territorium zu verhindern und eine Erstarkung islamistischer Netzwerke, hier insbesondere Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM), durch unkontrollierbare Migrationsströme zu unterbinden. Zum anderen nimmt der Staat in den Maghreb-Ländern im Durchschnitt erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft mit negativen Konsequenzen für die Investitionsbedingungen in den Ländern. So hat sich Tunesien unter der Herrschaft Ben Alis immerhin zielgerichtet auf eine wirtschaftliche Öffnung gegenüber und Vernetzung mit Europa konzentriert, dies jedoch zu den Bedingungen der autoritären Herrscherfamilie. Die Dominanz des öffentlichen Sektors, der sich durch klientelistische Herrschaftsstrukturen auszeichnet(e) und insbesondere auch den Bankensektor kontrolliert(e) hat die Entwicklung eines marktwirtschaftlich ausgerichteten Privatsektors über viele Jahre gehemmt. Ineffiziente Verwaltungsstrukturen, staatliche Subventionen und protektionistische Maßnahmen in großen Schlüsselsektoren haben zu Intransparenz, Vorteilsnahme und zu Bevorzugung großer, unter dem Einfluss einer kleinen ausgewählten Elite stehenden Firmen nach sich gezogen. Zwar hat Tunesien in den letzten Jahren verstärkt Anstrengungen zur Verbesserung des Geschäftsklimas unternommen, hier insbesondere mit Blick auf die Reduzierung bürokratischer und fiskaler Hürden für Investoren sowie durch gezielte Anreize zur Unternehmensgründung, doch

bestehen weiterhin große Probleme im Privatsektor, so vor allem im tunesischen Bankensektor. Vor diesem Hintergrund beschloss u. a. die EU-Tunesien Task Force am 28. November 2012 die Gründung eines sogenannten *Conseil Economique Consultatif Européen pour les Investissements en Tunisie*. Ihm sollen drei Hauptaufgaben zukommen:

- a) die Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung des Geschäftsklimas in Tunesien,
- b) die Auslotung neuer Investitionsmöglichkeiten für europäische Firmen und
- c) die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen, der industriellen Kooperation sowie der Rolle von KMU in Tunesien.

Nun muss es jedoch darum gehen dieses Format gezielt mit Inhalten zu füllen, um nicht ein weiteres Kooperationsmedium zu schaffen, das nicht nur auf dem Papier besteht und sich nur mit deklaratorischer Politik zufriedengibt.

Auch das ausländischen Akteuren gegenüber bis heute aufgrund seiner Geschichte äußerst kritisch eingestellte Algerien öffnet sich langsam, nimmt die großen Defizite in der Entwicklung der Infrastruktur des Landes verstärkt in Angriff und hat ein Investitionsprogramm für die nächsten fünf Jahre mit einem finanziellen Volumen in Höhe von 286 Milliarden US-Dollar verabschiedet. Dennoch besteht im größten Maghreb-Staat weiterhin die Notwendigkeit, wenn auch nicht immer der Wille spürbar ist, längst überfälliger Struktur-reformen, so auch im algerischen Bankensektor. Protektionistische Maßnahmen des algerischen Staates hemmen die Investitionsbereitschaft in lukrativen Zukunftssektoren auch auf Seiten deutscher Investoren. Dies insbesondere durch eine umstrittene Investitionsgesetzgebung, die eine algerische Mehrheitsbeteiligung bei ausländischen Investitionen von 51 Prozent vorsieht.

*Drittens* müssen Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU) als Motor eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums durch gezielte Anreize gefördert werden. Auch wenn Tunesien in den letzten Jahren große Anstrengungen zur Verbesserung des Investitionsklimas unternommen hat, liegen die Privatinvestitionen weiterhin unter 60 Prozent der Gesamtinvestitionen, was sich auf weniger als 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beläuft. Die Maghreb-Staaten bedürfen einer dringenden und gewollten Verbesserung des Geschäftsklimas im privatwirtschaftlichen Sektor und stehen allesamt vor der Herausforderung, marktwirtschaftliche Reformen einzuleiten, die vor allem eine transparente Rechts- und Wettbewerbsordnung garantieren sowie der weit verbreiteten Korruption entschieden entgegenzutreten.



Seit der Finanzkrise hat sich beispielsweise im postrevolutionären Tunesien insbesondere das Verhältnis kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) zu den Banken in eine „Vertrauenskrise“ verwandelt. Diese geht einher mit einer starken Einschränkung der Kreditvergabe. Stehen KMU in Tunesien doch für 80 Prozent der Unternehmen, so erhalten sie im Gegenzug insgesamt nur 15 Prozent der Bankkredite, wie eine Studie der Afrikanischen Entwicklungsbank aus dem Jahr 2012 aufzeigt. Dies bedeutet im Umkehrschluss für Unternehmer, dass sie auf privates Kapital bauen müssen, was sich für viele KMU und Start-up-Initiativen als unmöglich erweist. Diese restriktiven finanziellen Maßnahmen haben weitreichende Konsequenzen für die tunesische Wirtschaft, ist die Bank doch ein wesentlicher Pfeiler für das Überleben von Unternehmen und ein unverzichtbarer Partner für den Mittelstand.

So bedarf es neben einer Verbesserung der Investitionsbedingungen, die nur durch eine Kräftigung des Kooperationswillens zwischen öffentlichem und privatem Sektor erfolgen kann, in erster Linie kurz- und mittelfristiger Reformen der Kreditvergabe seitens der Banken. Letztere müssen vor allem in die Lage versetzt werden, das Potential von KMU besser einschätzen zu können sowie sie sich gezielt dem Thema der „Mikrokreditvergabe“ widmen sollten, um Projekten mit großem wirtschaftlichem Potential eine Marktchance zu ermöglichen.

Ein zweiter Aspekt der dringend verstärkter Aufmerksamkeit bedarf, ist das Problem der Zahlungsrückstände, mit direkten Auswirkungen für KMU. Gemeinsam mit ihrem tunesischen Partner, dem *Centre des Jeunes Dirigeants d'Entreprise* (CJD), hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunis das Forschungsinstitut SIGMA Conseil mit einer Studie zum Status Quo der Forderungseinziehung tunesischer KMU beauftragt. Die Umfrage vom April 2013 kommt u. a. zu dem Ergebnis, dass Unternehmen oftmals über dreimonatige Zahlungsrückstände einkalkulieren müssen, was sie vor ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten stellt. Erklären lässt sich dies u. a. durch komplexe Zahlungsverfahren sowie häufige Zahlungsschwierigkeiten auf Seiten der Kunden. Bemängelt wurde seitens der befragten Unternehmer zudem, dass es an verlässlichen Informationsmechanismen, wie z. B. einem Kreditbüro, zur Auskunft über die Zahlungsfähigkeit von Kunden fehlt.

*Viertens* stellt die wachsende Beschäftigung im informellen Sektor, der sich mehr und mehr in eine Art parallelen Arbeitsmarkt entwickelt, ein ganz wesentliches Problem in den Maghreb-Staaten dar. Die Regierungen der Länder, hier insbesondere der algerische Staat, tolerieren diesen informellen Arbeitsmarkt bisher, da er nicht unwesentlich

dazu beiträgt, die sozialen Unruhen in Grenzen zu halten. Angaben der Afrikanischen Entwicklungsbank zufolge macht der informelle Sektor in Algerien, Marokko und Tunesien mittlerweile bis zu 50 Prozent der Beschäftigung mit Ausnahme des Agrarsektors aus. Hauptgründe dafür sind, wie bereits unter Punkt zwei und drei dargestellt, die überbordende Arbeitsmarktregulierung in den Ländern (gesetzlicher Mindestlohn, Einstellungs- und Kündigungsvorschriften sowie hohe Sozialabgaben), hohe Körperschaftssteuern, Registrierungsschwierigkeiten und Probleme mit Blick auf den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten. Viele Unternehmen sehen sich daher gezwungen, im informellen Sektor zu operieren bzw. offiziell keine Mitarbeiter anzustellen, sich gar nicht erst zu registrieren oder als selbstständige Ein-Mann-Betriebe zu funktionieren.

Die Gefahren, die eine Beschäftigung im informellen Sektor (neben einer verzerrten Arbeitsmarktstatistik) birgt, liegen auf der Hand. Insbesondere die junge Generation in den ländlichen Gebieten arbeiten unter sehr schlecht bezahlten Verhältnissen ohne Arbeitsvertrag und soziale Absicherung, geschweige denn gesellschaftlicher und professioneller Aufstiegschancen. Zudem ist die tatsächliche Produktivität des informellen Sektors aufgrund der vielen Kleinstbetriebe verhältnismäßig gering, mit negativen Rückwirkungen auf die (internationale) Wettbewerbsfähigkeit.

Fünftens bedarf es einer langfristig ausgerichteten Strategie zur nachhaltigen Förderung der ländlichen und investitionschwachen Regionen. Ein entsprechendes Programm zur nationalen Wirtschaftsentwicklung sollte allerdings, wie bereits in der Ausgangslage ausführlich dargestellt, durch eine verstärkte regionale Integration und grenzüberschreitende Infrastrukturentwicklung flankiert werden. Am Beispiel Tunesiens hat die langjährige Investitionskonzentration auf die Küstenregionen des Landes zu gravierenden regionalen Disparitäten geführt und das Zentrum sowie den Nordwesten, Südosten und -westen Tunesiens in seiner Attraktivität für Investoren erheblich beeinträchtigt. Insbesondere in den ländlichen Gebieten im Nordwesten, in Zentraltunesien und den südöstlichen Wüstenregionen stehen Programme zur Förderung der Trinkwasser- und Elektrizitätsversorgung, der Abwasserreinigung, zum Gewässer- und Bodenschutz sowie zur Bekämpfung der fortschreitenden Desertifikation im Vordergrund, deren Umsetzung sich allerdings durch das Fehlen einer entsprechenden Infrastruktur weiterhin äußerst schwierig gestaltet.

Eine aktuelle Maßnahme der tunesischen Regierung ist die Ausarbeitung eines neuen Investitionsplans, dessen Nachhaltigkeit jedoch in Anbetracht der politischen Situation im Land ernsthaft hinterfragt werden muss. Tunesien wird ge-



genwärtig von einer Übergangsregierung „verwaltet“, deren Mandat offiziell bereits vor einem Jahr ausgelaufen ist (sie wurde im Oktober 2011 für ein Jahr mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt) und zudem keine klare Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes erkennen lässt. Zwar wird im Entwurf des neuen Investitionsplans von einer „inklusiven Entwicklung der Regionen“, u. a. durch einen geplanten Fonds und verstärkten Rückgriff auf *Public Private Partnerships* gesprochen, jedoch fehlt es an konkreten Vorschlägen, wie dies in der Umsetzung aussehen könnte.

Mit einer regionalen Arbeitslosenrate von bis zu 52 Prozent (im Südosten Tunesiens) gegenüber einer durchschnittlichen nationalen Arbeitslosigkeit von 17 Prozent, fehlenden Einkommen im Tourismusbereich sowie einer mangelnden regionalen Infrastruktur, bedarf das Land vielmehr eines langfristigen strategischen Fahrplans zur wirtschaftlichen Entwicklung, der sich an den regionalen Voraussetzungen orientieren und keine künstlichen Verzerrungen vornehmen sollte. Vielmehr muss es darum gehen, mittels administrativer Dezentralisierung und durch gezielte Infrastrukturentwicklung eine intraregionale Vernetzung zu forcieren, die bisher benachteiligte von den investitionsstarken Regionen profitieren lässt. Großes Potential liegt hier vor allem in der Förderung der Produktivität im agrarwirtschaftlichen Bereich sowie im alternativen Tourismussektor, dem sogenannten *Tourisme vert* oder *Écotourisme*.

### III. DIE EMPFEHLUNGEN

Für die deutsche Außen- und Außenwirtschaftspolitik ist die Region des arabischen Maghreb einerseits aufgrund ihrer geostrategischen Lage in unmittelbarer Nachbarschaft der europäischen Union sowie andererseits aufgrund ihres wirtschaftlichen Entwicklungspotentials als wichtiger Wachstumsmarkt von besonderer Bedeutung. Konkrete Handlungsempfehlungen für die deutsche Politik müssen auf nachhaltige Partnerschaften bauen, die das Potential der Region durch gezielten Know-how-Transfer und Erfahrungsaustausch in Wert setzen sowie vor allem die unterschiedlichen Voraussetzungen und Anforderungen in den einzelnen Staaten berücksichtigen.

Wirtschaftliche Entwicklung und praxisorientierte Bildung sind der Schlüssel zu einer langfristigen Perspektive sowohl für die ressourcenreichen Länder der Region, Algerien und Libyen, als auch für Marokko und Tunesien. Sie sind damit letztendlich auch der Weg zu regionaler Stabilität in Nordafrika.

Der Vize-Präsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Industrie und Unternehmer, Antonio Tajani, fasste dies bei seinem Besuch in Tunis Ende 2012 im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des tunesischen Jungunternehmerverbands CJD treffend zusammen: „Wir müssen den Traum der Jungen in etwas Konkretes verwandeln. Die Zusammenarbeit Kleiner- und Mittelständischer Betriebe ist ein gutes Mittel, um mehr Arbeit zu schaffen, ebenso wie das Engagement der großen Unternehmen, um das Wachstum der KMU und damit die tunesische Jugend zu unterstützen. Allerdings erfordern Geschäftsentwicklungen besondere Konditionen, vor allem Sicherheit, politische Stabilität und eine Verbesserung des Geschäftsklimas.“

Vor diesem Hintergrund ergeben sich sechs konkrete Handlungsempfehlungen für die deutsche (und europäische) Politik:

*Erstens* kann Deutschland die Länder des arabischen Maghreb durch gezielten Know-how-Transfer und eigene Erfahrungswerte bei einem Übergang zu einer Sozialen Marktwirtschaft unterstützen. Vermieden werden sollte jedoch in jedem Fall ein zuletzt mehrfach gewagter Vergleich mit der politischen und wirtschaftlichen Transformation Osteuropas. Die Länder des Maghreb verfügen bereits über marktwirtschaftliche Strukturen, auch wenn der Staat erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft nimmt.

Deutschland genießt in den Maghreb-Staaten den Ruf eines wirtschaftlichen Erfolgsmodells und kann auf seinen breiten Mittelstand als Motor für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung bauen. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Unternehmer- und Wirtschaftsverbänden in den Maghreb-Ländern sowie gezielte Beratungsprojekte die auf einen kontinuierlichen und langfristigen Erfahrungsaustausch bauen sind geeignete Kooperationsmodelle.

*Zweitens* können konkrete Schlüsselsektoren und große Infrastrukturprojekte als Katalysator dienen, verstärkt deutsche Investoren anziehen und auf diese Weise, neben einer technischen Beratung, auch einen Beitrag der Wirtschaft zur ländlichen Entwicklung in den Maghreb-Ländern leisten. Für deutsche Investoren interessante und für die Länder selbst zukunftssträchtige Sektoren sind insbesondere Exportinitiativen für erneuerbare Energien, Verkehrsinfrastrukturprojekte, der Gesundheitssektor, die Bau- und Wasserwirtschaft sowie Informations- und Kommunikationstechnologien. Deutsche Expertise ist darüber hinaus im Forschungs- und Technologiebereich gefragt, da die Länder des Maghreb zukünftig verstärkt auf Entwicklung und Forschung setzen müssen. Auch im Tourismusbereich besteht großes Potential



so beispielsweise in der Entwicklung einer hochwertigen tunesischen Tourismusstrategie die zunehmend auf einen alternativen ökologischen Tourismus setzen sollte, um den bisher dominierenden Massentourismus zu ergänzen. Das Land verfügt über einen kulturellen und landschaftlichen „Reichtum“, den es auch nachhaltig in Wert setzen sollte. *Drittens* kann Deutschland durch seine Erfahrung in den Bereichen duale Berufsausbildung, projektbezogene, technische Hochschulausbildung sowie (neben-)berufliche Aus- und Weiterbildung einen konkreten Beitrag zur besseren Qualifizierung junger Erwachsener leisten, der sich gezielt an den Bedürfnissen der Privatwirtschaft ausrichtet. Besondere Bedeutung kommt vor diesem Hintergrund der praktischen Anwendung und Vertiefung der theoretischen Qualifikation zu. Ein wesentlicher Bestandteil deutscher Beratungsleistungen muss es sein, die Privatwirtschaft in den Ländern verstärkt in das Bildungssystem einzubinden.

*Viertens* sollten Deutschland und die Europäische Union intensiver das Potential von Freihandelsinitiativen, die Notwendigkeit wirtschaftlicher Diversifizierung und der bereits ausführlich dargestellten regionalen Integration unterstreichen. Die verspäteten Auswirkungen der europäischen Finanzkrise, hier insbesondere im Falle Tunesiens, haben einmal mehr bewiesen, wie wichtig eine nachhaltige wirtschaftliche Diversifizierung ist. Bis heute erfolgen 65 Prozent des Handels der Maghreb-Staaten ausschließlich mit Europa. Marokko und Tunesien kommen in ihrer Handelsbilanz sogar auf gut 80 Prozent.

So hat Tunesien Ende 2012 (als zweites nordafrikanisches Land nach Marokko) während der 9. Sitzung des Assoziierungsrates die seit langem angestrebte „privilegierte Partnerschaft“ (*statut avancé*) mit der Europäischen Union unterzeichnet. Gleichzeitig wurde auch der neue Aktionsplan für die Jahre 2013-2017 abgestimmt. Die Umsetzung der sich daraus ergebenden Perspektiven gilt es in den kommenden Jahren umzusetzen sowie Fortschritte hinsichtlich des seit langer Zeit angestrebten *Deep and Comprehensive Free Trade Agreement* (DCFTA) zu erzielen. Marokko hat auf diesem Gebiet die bisher größten Fortschritte erzielt und zudem auch ein Freihandelsabkommen mit den USA abgeschlossen.

*Fünftens* haben die politischen Umbrüche in der Region Nordafrikas einmal mehr bewiesen, dass eine nachhaltige wirtschaftliche Liberalisierung nur durch eine gleichzeitige politische Flankierung, basierend auf demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien, erfolgen kann. So sind wesentliche Schritte einer wirtschaftlichen Liberalisierung der letzten Jahre an den (ordnungs-)politischen Rahmenbedingungen durch weit verbreitete Korruption, Vorteilsnahme und fehlende Transparenz in der Administration gescheitert. Die deut-

sche Politik sollte hier auf angemessene und erfahrene Partner (die zudem über eigene Strukturen in den Maghreb-Ländern verfügen) bauen, um die politische Transformation langfristig begleiten zu können. Eine verstärkte Koordination einer werteorientierten deutschen Entwicklungszusammenarbeit und der deutschen Außenwirtschaftsförderung sollte diese Maßnahmen unterstreichen.

*Sechstens* muss sich die sicherheitspolitische Lage in den Ländern des Maghreb verbessern. Stabilität und Sicherheit sind für Investitionsentscheidungen von grundlegender Bedeutung. Der wachsenden transnationalen terroristischen Bedrohung sowie dem grenzüberschreitenden Drogen- und Waffenhandel kann nur durch einen umfassenden und langfristigen Ansatz begegnet werden. Dazu muss auch der Ausbau sicherheitspolitischer Kooperationen mit Europa und den Staaten des afrikanischen Kontinents zählen. Hier sollte auch verstärkt auf Kooperation mit internationalen Organisationen, insbesondere der Weltbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie der Afrikanischen Union gesetzt werden.

#### LITERATURHINWEISE

- *African Development Bank (2011), Tackling Youth Unemployment in the Maghreb. AfDB Economic Brief.*
- *African Development Bank (2012), Tunisia: Economic and Social Challenges Beyond the Revolution. AfDB, Tunis.*
- *Angenendt, Steffen & Popp, Silvia (2012), Jugendarbeitslosigkeit in nordafrikanischen Ländern. SWP-Aktuell 34, Berlin.*
- *Bundesverband der Deutschen Industrie (2012), Prognos-Studie 2012. Wachstumsmärkte für die deutsche Industrie – eine Auswahl jenseits der BRICS. BDI/Prognos, Berlin.*
- *Germany Trade and Invest (2012), Tunesien im Fokus. Gtai, Bonn.*
- *Germany Trade and Invest (2012), Nordafrika im Wandel. Gtai, Bonn*
- *Germany Trade and Invest (2013), Algerien im Fokus. Gtai, Bonn.*



- *International Labour Organisation (2011), Employment for Stability and Socioeconomic Progress in North Africa. Strategy for North Africa 2011-2015. ILO, Kairo.*  
WEITERE QUELLEN (INTERNET)  
African Development Bank (AfDB)  
<http://www.afdb.org/en/>
- *Klaiber, Dr. Sven & Sievert, Niko (2012), Recht kompakt: Algerien. Informationen zum Wirtschaftsrecht in Algerien. Gtai, Bonn.*  
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)  
<http://www.bmz.bund.de>
- *Konrad-Adenauer-Stiftung (2010), Thesenpapier: Plädoyer für eine Neuausrichtung der deutschen Afrika-politik. KAS, Berlin.*  
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)  
<http://www.bmwi.bund.de>
- *Salem, Paul & Kadlec, Amanda (2012), Libya's Troubled Transition. The Carnegie Papers, Carnegie Endowment Middle East Center, Beirut.*  
Delegation of the European Union to Tunisia (EEAS Tunisia)  
[http://eeas.europa.eu/delegations/tunisia/index\\_fr.htm](http://eeas.europa.eu/delegations/tunisia/index_fr.htm)
- *Schwab, Klaus (2013). The Global Competitiveness Report 2012-2013. World Economic Forum, Geneva.*  
European Bank for Reconstruction and Development (EBRD)  
<http://www.ebrd.com>
- *Seebens, Dr. Holger (2012), Wird sich das Beschäftigungsproblem in Entwicklungsländern weiter verschärfen?. KfW Development Research.*  
Germany Trade and Invest (gtai)  
<http://www.gtai.de>
- *Soler i Lecha, Dr. Eduard & Dokos, Dr. Thanos (2011), Mediterranean 2020. The future of Mediterranean Security and Politics. GMF, Mediterranean Paper Series.*  
International Labour Organization (ILO)  
<http://www.ilo.org>
- *Organisation for Economic Cooperation and Development/World Economic Forum (2012), Arab World Competitiveness Report 2011-2012. OECD/World Economic Forum, Geneva.*  
Institut National de la Statistique (INS), Tunisia  
<http://www.ins.nat.tn/>
- *Tommaso, Marco, Lanzoni, Elena & Rubini, Laurretta (2001), Support to SMEs in the Arab Region: The case of Tunisia. UNIDO/UNDP.*  
Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)  
<http://www.oecd.org>
- *Union of Arab Banks/World Bank (2011), The Status of Bank lending to SMEs in the Middle East and North Africa Region: The Results of a joint survey of the Union of Arab Banks and the World Bank.*  
The Foreign Investment Promotion Agency (FIPA), Tunisia  
<http://www.investintunisia.tn>
- *World Bank (2006), Is there a new vision for Maghreb Economic Integration?. World Bank, Washington.*  
United Nations Statistics Division  
<http://unstats.un.org/>
- *World Bank (2008), MILES to go: A quest for an operational labor market paradigm for developing countries. World Bank.*  
World Bank (WB)  
<http://www.worldbank.org/>
- *World Bank (2010), Economic Integration in the Maghreb. World Bank, Washington.*  
World Economic Forum (WEF)  
<http://www.weforum.org>
- *World Bank (2010), Economic Integration in the Maghreb. World Bank, Washington.*  
Worldstat  
<http://www.worldstat.com/>